

Entschädigung für Jugendgemeinderäte

Winnenden setzt neue Landesvorschriften um / Gemeinderäte, die Angehörige pflegen, bekommen zwölf Euro pro Stunde

Winnenden (gin).

Die 16 gewählten Jugendgemeinderäte erhalten künftig als Entschädigung für ihr Ehrenamt Sitzungsgeld und eine Monatspauschale in Höhe von zehn Euro von der Stadt Winnenden. Und Gemeinderäte, die einen Angehörigen zu Hause pflegen und ihr Ehrenamt nur wahrnehmen können, wenn sie eine Vertretung bezahlen, erhalten dafür künftig zusätzlich zwölf Euro in der Stunde.

Diese und weitere Regelungen gehen auf eine Änderung der Vorschriften zur Kommunalverfassung durch den Landtag zu-

rück. Im vergangenen Jahr wurden sie in Stuttgart für mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz beschlossen.

Das Hauptamt hat nun entsprechend Satzungen überarbeitet und dem Gemeinderat die wichtigsten Änderungen erläutert. Hauptamtsleiter Peter Holub sagte, dass der Jugendgemeinderat nun „zwingend bei Angelegenheiten, die die Jugend betreffen, zu beteiligen ist – aber das praktizieren wir seit Jahren so. Winnenden ist seiner Zeit voraus.“ Ganz offiziell ist nun das Anhörungs- und Antragsrecht für den Jugendgemeinderat in der Geschäftsordnung des Ge-

meinderats eingetragen. Neu ist auch, dass die Jugendlichen in gleicher Höhe wie die Erwachsenen für Zeitversäumnis und Dienstausschlag entschädigt werden: Bei ehrenamtlicher Tätigkeit bis drei Stunden 25 Euro, bis sechs Stunden 40 Euro und über sechs Stunden 55 Euro am Tag. Außerdem erhalten die Jugendlichen eine monatliche Aufwandsentschädigung von zehn Euro. FDP-Stadtrat Robin Benz schlug vor, dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter analog zu den Fraktionsvorsitzenden für die Mehrarbeit mehr zu bezahlen. Oberbürgermeister Hartmut Holzwarth kann sich

einen geringeren Satz, 50 und 30 Euro, vorstellen. Die amtierende JGR-Vorsitzende Stella Holzäpfel, direkt in der Sitzung dazu angehört, hält dies nicht für nötig, weil auch andere im Gremium viel Arbeit haben könnten, will es aber mit ihren Kollegen beraten. Stadträtin Anja Luckert (CDU) riet ihr, ruhig die höhere Pauschale zu nehmen und mit dem Geld zum Beispiel besonders engagierte Kollegen zum Eisessen einzuladen. Stadtrat Andreas Herfurth (SPD) scheiterte mit seinem Antrag, dem Seniorenrat das gleiche Antragsrecht einzuräumen wie dem Jugendgemeinderat.